

## **FSB-Marathonstammtisch zu Beginn des Jahres**

Heiß geführte und über drei Stunden anhaltende Diskussionen kennzeichneten den ersten Stammtisch der Freien Sander Bürger am 01.02.2017, zu dem zahlreiche politisch interessierte Sanderinnen und Sander erschienen waren. Das Kiesausbeuteverfahren, die Nominierungsveranstaltungen, aber auch die allgemeine Situation erhitzte an diesem Abend so manches Gemüt und führte zu einem regen Meinungs austausch.

### **Mehr Schein als Sein?**

Gleich zu Beginn wurde die momentane Situation des mittlerweile ruhenden Antrags auf Kiesausbeute heiß diskutiert und alle waren sich einig: „Der ruht in Wirklichkeit gar nicht, der tut nur so!“. Aufgrund der Tatsache, dass die landesplanerische Stellungnahme der Regierung von Unterfranken aufgrund der Bürgereinwendungen und der Hochwassergefahr, usw. wohl negativ ausgefallen wäre, wurde die Aussetzung des Verfahrens wohl beantragt. „Ich persönlich sehe im momentanen Ruhen des Planfeststellungsverfahrens nur einen strategischen Zug des Antragstellers. Wir haben dem ersten Ansturm standgehalten, befinden uns nun aber sozusagen im windstillen Auge eines Sturms, kurz gesagt, es ist lange noch nicht vorüber.“, fasste Dr. Jörg Kümmel bildlich zusammen und führte weiter aus, dass das Engagement der betroffenen Grundstückseigentümer die entscheidendste Rolle gespielt habe. „Meiner Ansicht nach haben es letztlich alle Eigentümer, die sich schriftlich bereit erklärt haben ihr Grundstück zugunsten des Hochwasserschutzes nicht zu verkaufen, geschafft den Antrag so zu blockieren.“, erklärte Jörg Kümmel den Anwesenden weiter. „Ich weiß das, weil ich bei der Ausarbeitung des Einspruchs vom Bauernverband mitarbeiten durfte und die Plansituation kenne. Diesen Eigentümern und ihrem Einsatz gebührt wirklich Respekt und auch der meiste Dank und man sollte nicht versuchen ihnen dies zu nehmen.“

Die momentane Situation ist also nur eine Ruhephase, in der es entscheidend sein wird, ob es der Firma SKD gelingt genügend Grundstückseigentümer umzustimmen und deren Unterschriften für eine abbaufähige Fläche zu erhalten. „Die BI „Sand bleibt“, mit der ich von Anfang an eng zusammengearbeitet habe und mich ständig austausche, weiß dies und ist schon tätig geworden.“ konnte Kümmel berichten. Es scheint oberflächlich also ruhig, ist es im Untergrund aber nicht.

### **Was geschah 1997 wirklich?**

Angesprochen auf die Geschehnisse 1997 wurde folgendes berichtet: Im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans, insbesondere in Bezug auf die Gewinnung und Sicherung der Bodenschätze, wurde die Gemeinde Sand im Juli 1997 um Stellungnahme gebeten. Hierbei sollte die bisherige Vorrangfläche „Saure Wiesen“ ganz gestrichen und dafür die bisherige Vorbehaltsfläche westlich des jetzigen Kiesausbeutegebietes bis zur Staatsstraße Sand-Zeil zur Vorrangfläche aufgestuft werden. Beides wurde aus landwirtschaftlicher Sicht, aus Gründen des Landschaftsschutzes, des Gewässerschutzes und aufgrund des Erhalts des Kiesfilters zur Reinigung des Wassers in der Gemarkung Sand

einstimmig vom Gemeinderat abgelehnt. Zu dieser Zeit war auch der Vorfall in Roßstadt ein heiß diskutiertes Thema.

**Der Wille des Gemeinderats diese Umwandlung zu verhindern und die Vorbehaltsfläche mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu entfernen, wurde dann von unserem Bürgermeister 1998 umgesetzt und der damalige Auftrag des Gemeinderats somit erfüllt.**

Wie aus dem Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 22.07.1997 klar entnommen werden kann, war die ganze Aktion also weder eine hervorzuhebende Einzelaktion, **sondern lediglich die Umsetzung eines parteiübergreifenden Gemeinderatsbeschlusses, was eindeutig in den normalen Aufgabenbereich eines Bürgermeisters fällt.**

„Über eine Verschlechterung der Hochwassersituation wurde damals nicht geredet, es ging meiner Meinung nach vielmehr darum die Kiesausbeute in der „Sauren Wiesen“ voranzutreiben um dort den geplanten Badesee zu erhalten.“ schilderte Kümmel und erklärte, dass er selbst jahrelang überzeugt gewesen sei, dass sich ein Baggersee aufgrund des Speichervermögens stets positiv auf die Hochwassersituation auswirke. „Nach den konstruktiven Gesprächen mit Mark Werner, dem Studium entsprechender Literatur und dem Auseinandersetzen mit dem vorgelegten Gutachten wurde ich jedoch eines besseren belehrt. Man lernt ja Gott sei Dank nie aus.“

### **Hochwassersituation Sands wird endlich genauer untersucht**

Mit Freude konnte Dr. Jörg Kümmel berichten, dass ihm vom Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen auf eine Anfrage mitgeteilt wurde, dass die Hochwasserproblematik und der Hochwasserschutz von Sand in Form einer Masterarbeit beim WWA Bad Kissingen näher analysiert und berechnet wird. Die Fertigstellung der Arbeit wird gegen Ende des Jahres veranschlagt. Somit wird die alte Basisstudie, welche nur eine wirklich grobe Schätzung darstellte überholt und detaillierte Möglichkeiten aufgezeigt den Hochwasserschutz für Sand zu verbessern. Infolge der Tatsache, dass die Fördermittel für Hochwasserschutz ebenfalls von 50 % auf 70 % gestiegen sind, sieht Kümmel dieser Arbeit sehr positiv entgegen. Leider wurde diese nicht auf Antrieb der Gemeinde, sondern auf Initiative des Wasserwirtschaftsamtes ins Leben gerufen. „Wir in Sand können von dieser Arbeit nur profitieren“, machte er deutlich.

### **Erschließungsbeiträge Anbindung Pfarrsetz nicht rechtens**

Unmut und Unverständnis zeigte sich bei den Anwesenden auch im Hinblick auf die Rückerstattung der, bei den Anwohner des Pfarrsetz zu Unrecht erhobenen Beiträge zur Anbindung an die Staatstraße St 2277. Wie aus dem mitgebrachten Schriftverkehr eindeutig hervorgeht, wurde die Gemeinde Sand schon am 28.12.2015 vom Landratsamt über die Unrechtmäßigkeit der Erhebung unterrichtet. Warum der Gemeinderat erst ganze sechs Monate später informiert wurde und am 29.06.2016 die Rückzahlung an alle betroffenen Bürger beschloss und warum diese Informationen an betroffene Bürger und die Zahlungen selbst wiederum erst nach einem weiteren halben Jahr am 11.01.2017 erfolgten, konnte von den anwesenden Gemeinderäten nicht beantwortet werden. Immerhin erfolgte die Zahlung inklusive der angefallenen Zinsen. Zinsen, die sich die Gemeinde nach Meinung der Anwesenden teilweise hätte sparen können. In

diesem Zusammenhang wurden die Gemeinderäte der Freien Sander Bürger beauftragt bei der nächsten Sitzung nachzufragen, ob der geplante Kreisel ebenfalls nicht auf die Anwohner umgelegt werden darf. (Anmerkung des Presseteams: In der Gemeinderatssitzung vom 07.02.2017 wurde auf Nachfrage unseres Gemeinderates Dr. Jörg Kümmel diesbezüglich von unserem Bürgermeister Ruß erklärt, dass der Kreisel wohl nicht auf die Anwohner umgelegt wird, sondern von der Allgemeinheit getragen wird.)

### **Wohnmöglichkeiten für Senioren ein erstrebenswertes Ziel**

Angesprochen auf die, in der Zeitung erläuterten und durchgeführten Untersuchungen zu einem Seniorenheim, welche zu dem Ergebnis kommen, dass Sand zu klein für ein Seniorenheim sei, erklärte Dr. Jörg Kümmel, dass er eine solche Untersuchung selbst nicht vorgelegt bekommen habe und 2014 nur verbal über die Gespräche mit einem Inverstor informiert worden sei. Er versprach aber die besagte Untersuchung einzusehen und beim nächsten Stammtisch die erhaltenen Informationen weiterzugeben.

Unabhängig hiervon erachteten die Anwesenden das Ziel eines Alterswohnsitzes in Sand für erstrebenswert. „Wenn junge Familien gerne zu uns nach Sand kommen wollen, wer sagt, dass dies nicht auch für ältere Menschen zutrifft, die kein ganzes Haus mehr allein bewohnen wollen?“ führte Dr. Jörg Kümmel aus und erhielt von einem Anwesenden den Hinweis, dass sich die Problematik aufgrund der immer häufiger werdenden Singlehaushalte vielleicht nicht jetzt, sondern in 10 bis 20 Jahren deutlich auswirken wird. Anschließend wurden alle möglichen Wohnformen von betreuten oder nicht betreuten Wohngemeinschaften für ältere Menschen bis hin zu einem Seniorenheim ausgiebig diskutiert und ein Vergleich mit Knetzgau gezogen, mit dem Resultat, dass die vorhandene Untersuchung genauer unter die Lupe genommen werden müsste.

Im Hinblick auf die stattgefundenen Nominierungsveranstaltungen und den starken parallelen zwischen Rippstein und Kümmel waren sich die Anwesenden einig, dass allein dies für einen notwendigen Wechsel im Bürgermeisteramt spricht. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage in den Raum geworfen, ob die erste Seite im Gemeindeblatt eigentlich nicht nur der neutralen Information der Bürger dient oder ob diese auch als Wahlkampfplattform verwendet werden kann.

Wie bei fast allen Stammtischtreffen zuvor wurde wieder bemängelt, dass die Protokolle der öffentlichen Gemeinderatssitzungen seit 2015 nicht mehr im Internet veröffentlicht würden. Auf den Hinweis, dass jeder Bürger die öffentlichen Protokolle in der Gemeinde einsehen könne, erhielt Jörg Kümmel nur die Antwort: „Es gibt nun einmal Bürger, die sich informieren möchten, aber nicht die Zeit haben, dafür jedes Mal in die Gemeinde zu gehen.“

Nach über drei intensiven Stunden der Diskussion bedankte sich Dr. Jörg Kümmel bei den Anwesenden.

FSB-Presseteam

Gaby Haupt, Andreas Krapf, Bernd Wolf, Klaus Krines